|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zentralabitur 2025 | Politik-Wirtschaft | Material für Prüflinge |
| Aufgabe I | eA | Prüfungszeit\*: 300 min |

\*einschließlich Auswahlzeit.

### Name: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

# Politische Partizipation und Friedenssicherung

1. Fassen Sie die Kritik des BSW an der Regierungsentscheidung über Waffenstationierungen in M1 und M2 zusammen. **[25%]**

2. Charakterisieren Sie ausgehend von M2 aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen Deutschlands. **[25%]**

3. Erklären Sie ausgehend von M1 und M2 Aufgaben des Bundestages  
im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. **[25%]**

4. Erörtern Sie die Forderung des BSW, auf Bundesebene Volksbefragungen einzuführen (M1, Z. 49–52 und M2, Z. 57–60).  
**[25 %]**

# Material

Am Rande des NATO-Gipfels, welcher im Juli 2024 in Washington stattgefunden hat, haben Deutschland und die USA in einer gemeinsamen Erklärung bekannt gegeben, US-Raketen in Deutschland stationieren zu wollen. Die ersten Waffen sollen 2026 in Deutschland eintreffen.

Die Parteien „Die Linke“ und „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) haben im Deutschen Bundestag mit mehreren Anträgen reagiert, in denen sie fordern, dass die Stationierungspläne rückgängig gemacht werden. Über diese Anträge ist am 10.10.2024 im Deutschen Bundestag debattiert worden.

M1 ist ein Auszug aus einem Antrag der Gruppe BSW. M2 ist ein  
Auszug aus dem Protokoll der Bundestagsdebatte über die Anträge.  
Die Redebeiträge stammen vom Bundestagsabgeordneten Falko Droßmann (SPD), dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sowie der Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen (BSW), Sprecherin für Außenpolitik des BSW. Der Vizepräsident des Bundestages, Wolfgang Kubicki (FDP), leitet die Sitzung. Die drei Anträge sind mehrheitlich abgelehnt worden.

# Hilfsmittel

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

## **M1:** Deeskalation statt Aufrüstung – Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

[…] Am Rande des diesjährigen NATO-Gipfels in Washington D.C. im Juli 2024

unterzeichneten die Regierungen der USA und Deutschlands eine bilaterale „Gemeinsame

Erklärung [der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik

5 Deutschland] zur Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland“,

in der ab dem Jahr 2026 eine Stationierung von drei konventionellen US-amerikanischen

Abstandswaffensystemen […] mit Reichweiten zwischen 1.600 bis über 2.700

Kilometern angekündigt wird. […]

Die Ankündigung birgt erhebliche Eskalations- und damit Sicherheitsrisiken. Erstmals

10 seit Inkrafttreten des 1987 unterzeichneten und von der US-Regierung im Februar

2019 aufgekündigten INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces) [^1](#S1_1a) sollen auf

deutschem Boden wieder landgestützte US-amerikanische Mittelstreckenwaffen [^2](#S1_2a)

stationiert werden, mit denen Ziele weit auf russischem Territorium getroffen werden

können. Zwar wird die Stationierung von Politikern und regierungsnahen

15 Sicherheitsexperten mit dem russischen Angriff auf die Ukraine begründet. Sie steht aber

im Kontext der seit Jahren zuvor verschärften NATO-Russland Spannungen sowie der

Aufrüstungsvorhaben beider Seiten, die vor allem auf Betreiben der USA bereits zum

Scheitern des INF-Vertrags 2019 führten und danach weiter forciert wurden […].

Durch die nun angekündigte Stationierung dieser Raketen erhöht sich im Krisenfall

20 das Risiko (auch präemptiver [^3](#S1_3a)) russischer Schläge auf militärische Ziele in Deutschland

und die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Selbst wenn das Worst-Case-Szenario

einer beabsichtigten militärischen Konfrontation zwischen NATO und Russland

ausbleibt, erhöht die Stationierung in Deutschland die Gefahr eines „Atomkriegs aus

Versehen“, ausgelöst durch mögliche Fehlalarme, technische oder menschliche Fehler.

25 […]

Es ist […] für den Bundestag nicht hinnehmbar, dass die Bundesregierung das Parlament

weder umfassend und rechtzeitig informiert noch in die Entscheidungsfindung

einbezogen und keine parlamentarische und öffentliche Debatte im Vorfeld zugelassen

hat. Die kritischen Debatten, die die Stationierungsentscheidung auch in den

30 Ampelparteien, vor allem in der SPD, hervorriefen, sowie auch Umfragen, die eine klare

Ablehnung der Stationierung in der Bevölkerung zeigen, legen den Verdacht nahe,

dass die Bundesregierung Parlament und Öffentlichkeit die Informationen und

notwendigen Debatten bewusst vorenthalten hat. Laut einer Forsa-Umfrage von Mitte

Juli 2024 lehnten 47 Prozent der Befragten die Stationierung ab, nur 17 Prozent waren

35 dafür […].

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich ihre Zustimmung zu dem bilateralen Abkommen mit der US-Regierung

zur Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland

zurückzuziehen;

40 2. die US-Regierung nachdrücklich aufzufordern, das 56. Artilleriekommando [^4](#S1_4a) […]

aus Deutschland abzuziehen;

3. […]

4. umgehend eine Verhandlungsinitiative zwischen den NATO-Staaten und Russland

zu initiieren, […]

45 5. Bundestag und Öffentlichkeit lückenlos über den Entscheidungsprozess, der zu der

„Gemeinsamen Erklärung“ führte, sowie über die damit verbundenen offenen Fragen

aufzuklären und umfassend, fortlaufend und unverzüglich über ihre Fortschritte

bei der Umsetzung der oben genannten Forderungen zu informieren;

6. bei Vorhaben von derart großer politischer Tragweite wie der Stationierung von

50 Mittelstreckenwaffen eines Drittstaates in Deutschland den Bundestag zwingend

in den Entscheidungsprozess einzubeziehen und ihr Vorhaben nach Durchführung

einer Volksbefragung [^5](#S1_5a) dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen.

Berlin, den 10. September 2024

Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe

Quelle: Antrag der Gruppe BSW:  
Deeskalation statt Aufrüstung – Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stoppen, aus:  
Deutscher Bundestag: Drucksache 20/12812 vom 10.09.2024, in: https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012812.pdf (Zugriff am 12.12.2024).  
(Im Text enthaltene Quellenangaben wurden entfernt.)

## **M2:** Plenarprotokoll 20/191

[…] **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:** […] Nächster Redner für die SPD-Fraktion ist der

Kollege Falko Droßmann.

**Falko Droßmann (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir debattieren einen Antrag der Gruppe Die Linke und zwei Zusatzanträge des

5 sogenannten „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Oberflächlich könnte man meinen: Alle

drei hätten dasselbe Ziel, dies umso mehr, als dass Sie […] durch Weglassen historischer

Kontexte ein falsches Bild der Wahrheit zeichnen. Deshalb möchte ich Sie kurz

korrigieren, und zwar beide. […] Zu Recht schreiben Sie, dass es die USA waren, die

2019 den Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme gekündigt haben;

10 das stimmt. Was Sie aber verschweigen, ist die Tatsache, dass es Russland war,

das durch die Entwicklung, Testung und Einführung von Waffensystemen, […] den

INF-Vertrag seit Jahren gebrochen hat und sich seit Jahren nicht mehr daran gehalten

hat. […] Es rüstete weiter auf, und es rüstete nuklear auf. Ob im Privaten oder Politischen:

Wenn ein Vertragspartner über Jahre vertragsbrüchig ist, dann ist es meiner

15 Ansicht nach rechtens, legitim und ehrlich, diesen Vertrag zu kündigen. Punkt.

Meine Damen und Herren, schon diese selektive Form der historischen Einordnung

oder Halbwahrheiten zur Grundlage eines Antrages zu machen, ist fatal in einer

Demokratie. Und eine bewusst eingesetzte halbe Wahrheit ist auch mindestens eine

halbe Lüge. […] Wir werden dem Antrag der Linken deshalb nicht zustimmen.

20 Die Zusatzanträge der Gruppe BSW allerdings lassen mich ein wenig ratlos zurück. Sie

wollen in diesem Fall eine Volksbefragung. Bonmot [^6](#S1_6a) am Rande und an die abwesende

Frau Dr. Wagenknecht gerichtet: Sie sitzen seit mehr als 20 Jahren in Parlamenten.

Wenn Sie doch der repräsentativen Demokratie so wenig zutrauen, was machen Sie

denn dann hier? […]

25 Ist diese Forderung, die Sie hier aufstellen, reiner Populismus? […] Noch etwas: Schon

in Ihrem Antrag zeigen Sie auf, was Sie vorhaben. Sie nutzen Halbwahrheiten, um

Menschen auf Ihre Seite zu bringen […]. […]

Das eigentlich Perfide an diesen Zusatzanträgen ist doch, dass Sie eine grobe Umkehr

der Wahrheit vollziehen. An diesem Punkt wird aus Halbwahrheit – das gilt nur für

30 die Gruppe Bündnis Sahra Wagenknecht – schlicht Lüge. Für Sie sind die Amerikaner

das Übel. Kein Wort über die betankten russischen Atomwaffen, […] die in diesem

Moment schussbereit in Kaliningrad stehen, mit einer Reichweite von 500 Kilometer,

1.300 Kilometer und bis zu 2.600 Kilometer. Diese Waffen erreichen Berlin in wenigen

Minuten. Kein Wort über die brutalen Angriffe Russlands auf die Ukraine unter Bruch

35 jeden internationalen Rechts. Kein Wort darüber, dass die Stationierung der amerikanischen

Raketen temporär ist, bis wir in der Lage sind, diesen Schutz mit europäischen

Systemen sicherzustellen. Eigentlich – und das sage ich sehr vorsichtig – können

wir auch ein wenig dankbar sein, dass die Amerikaner uns das zur Verfügung

stellen, was wir Jahrzehnte nicht gemacht haben. Kein Wort darüber, dass auch unser

40 Volk, die Menschen unseres Landes, unsere europäischen Freunde das Recht haben,

sich zu verteidigen. […]

Sie vergiften den politischen Diskurs an jeder Stelle, indem Sie Menschen Angst

machen und indem sie Täter zu Opfern stilisieren. […] Ich sage Ihnen sehr klar: Unser

Land, unser Europa und unser Bündnis sind es wert, verteidigt zu werden, und wir

45 werden es Ihnen nicht überlassen. Vielen Dank. […]

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:** […] Letzte Rednerin in der Debatte ist die Kollegin

Sevim Dağdelen für die Gruppe BSW.

**Sevim Dağdelen (BSW):** […] Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die

einsame Entscheidung von Bundeskanzler Scholz, die Stationierung von US-Raketen

50 in Deutschland abzunicken, bringt eine massive Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung

mit sich. Wir alle haben davon aus der Zeitung erfahren. Dabei betrifft es den

Kern unserer demokratischen Souveränität. Über den Einsatz würde nämlich allein

die US-Regierung entscheiden. Diese Fehlentscheidung muss deshalb korrigiert werden.

Umfragen zeigen: Eine Mehrheit der Bevölkerung – im Osten sogar 79 Prozent –

55 ist gegen die Stationierung der US-Raketen. Es ist eine Frage der Demokratie, hier

nicht weiter wie bisher über den Mehrheitswillen der Bevölkerung einfach hinwegzugehen.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht fordert deshalb eine Volksbefragung über

die Stationierung der US-Raketen spätestens zu den Bundestagswahlen. Machen Sie

den Weg dafür frei! Haben Sie keine Angst, die Bevölkerung in diesem Land

60 mitbestimmen zu lassen!

[^1](#S1_1): INF-Vertrag: Vertrag zur Abrüstung von Nuklearraketen, welcher zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossen wurde und nach Ende des Kalten Krieges von den USA und Russland fortgeführt wurde.  
[^2](#S1_2): Mittelstreckenwaffen: Gemeint sind Raketen mit einer Reichweite zwischen 800 und 5.500 km, welche gegebenenfalls mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden können.   
[^3](#S1_3): präemptiv: einer sich bereits abzeichnenden Entwicklung zuvorkommend  
[^4](#S1_4): 56. Artilleriekommando: Ein Großverband der US-Armee mit Sitz in Wiesbaden, welcher ursprünglich bis 1991  
in Deutschland stationiert war. Das Kommando wurde 2021 reaktiviert und hat den Auftrag, zukünftig stationierte Raketen zu steuern.  
[^5](#S1_5): Volksbefragung: Bei einer Volksbefragung werden die Stimmberechtigten zu einer bestimmten  
(politisch wichtigen) Frage um Rat bzw. Meinungsäußerung gebeten, ohne dass das Ergebnis für den Gesetzgeber verbindlich ist.  
[^6](#S1_6): Bonmot: eine passende, witzige und geistreiche Äußerung

Quelle: Deutscher Bundestag:  
Plenarprotokoll 20/191, Stenografischer Bericht, 191. Sitzung, vom 10.10.2024, S. 166-173, in: https://dserver.bundestag.de/btp/20/20191.pdf (Zugriff am 12.12.2024).  
(Protokollierte Zwischenrufe wurden herausgenommen.)